

Deutschland am Abgrund: Bauernproteste und Wirtschaftskrise eskalieren!

Bauern und Unternehmen demonstrieren am 29. Januar in Berlin gegen Deutschlands schwerste Wirtschaftskrise seit 70 Jahren.

Berlin, Deutschland - Die aktuelle Situation der deutschen Wirtschaft ist von einer tiefgreifenden Krise geprägt, die bereits als die schwerste der letzten 70 Jahre bezeichnet wird. Am 28. Januar 2025 bietet die Grüne Woche in Berlin den Landwirten eine Plattform, um ihren Unmut über die Agrarpolitik zu äußern. Im vergangenen Jahr führte der Bauernaufstand zur Rücknahme der Streichung von Subventionen für Agrar-Diesel. Diese Entwicklungen stehen im Kontext einer grundlegenden Staats- und Wirtschaftskrise, die das gesamte Land betrifft, wie **Unser Mitteleuropa** berichtet.

Am 29. Januar planen Unternehmenschefs eine Demonstration, um eine realistische Wirtschaftspolitik von der neuen Regierung zu fordern. Etwa 50 Verbände, die etwa 20 Millionen Arbeitnehmer vertreten, werden sich den Protesten anschließen. Diese Proteste sollen auf die kritische Lage der deutschen Wirtschaft aufmerksam machen, die sich weiterhin als „kranker Mann Europas“ erweist. Steigende Arbeitslosenzahlen und Insolvenzen sind die alarmierenden Begleiterscheinungen dieser Krise.

Wirtschaftliche Vorzeichen und Prognosen

Die OECD hat für Deutschland, die größte Volkswirtschaft

Europas, kaum Wachstumschancen bis 2025 prognostiziert. Während der private Verbrauch trotz steigender Reallöhne nicht ausreichend zunimmt, stellen die hohen Energiepreise und leeren Auftragsbücher ernsthafte Herausforderungen dar. 2024 meldeten bereits 22.000 Unternehmen Insolvenz an, und weitere Verschlechterungen werden für 2025 erwartet. Der Schuhhändler Görtz, der nach zwei Jahren erneut insolvent wurde, hat von ursprünglich 160 Filialen nur noch 30 übrig.

Die aktuelle Arbeitslosenquote in Deutschland liegt bei sechs Prozent, vergleichbar mit den Zahlen während der Corona-Pandemie, jedoch deutlich niedriger als in den späten Nullerjahren. Diese Entwicklung könnte sich jedoch schlagartig ändern, wenn die Massenarbeitslosigkeit zurückkehrt, auf die **Spiegel** hinweist.

Geforderte Maßnahmen und politische Unsicherheiten

Verbände fordern eindringlich niedrigere Steuern, eine Sozialabgabenbremse und einen Abbau von Bürokratie. Der Präsident des Arbeitgeberverbands der Elektro- und Metallindustrie warnt vor dramatischen Bedingungen und fordert einen grundlegenden Politikwechsel. Die Bundesregierung erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2024 zum zweiten Mal in Folge unterhalb des Vorjahres liegt. Seit 2019 hat Deutschland nicht mehr das frühere BIP-Niveau erreicht, was auf eine Stagnation von fünf Jahren hinweist. Eine Erholung dieser Situation ist nur bei einer schnellen Klärung der politischen Verhältnisse in Aussicht, die nach dem Wahlsieg von Donald Trump vorerst unsicher bleibt. Zölle auf EU-Importe könnten die wirtschaftliche Lage weiter verschärfen, so **ZDF**.

Die Herausforderungen, vor denen die deutsche Wirtschaft steht, sind vielschichtig. Der bevorstehende „Wirtschaftswarntag“ wird als Weckruf an die politischen Entscheider dienen müssen, um schnellstmöglich Lösungen zu finden und die Weichen für eine Stabilisierung zu stellen.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• unser-mittleuropa.com• www.spiegel.de• www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de